

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/130

Bonn, den 12. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

|   |                                 |    |
|---|---------------------------------|----|
| 1   | Moskau                          | 35 |
| Zu den bevorstehenden<br>amerikanisch-britisch-sowjetrussischen Verhandlungen     |                                 |    |
| 2 - 6   | Forschung in bedrängter Lage    | 83 |
| Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft                                 |                                 |    |
| 4   | Pharisäer gegen Zöllner         | 43 |
| Strauß und der Bayerische Rundfunk  |                                 |    |
| 5 - 6   | Nach drei Jahren Unabhängigkeit | 79 |
| Die allgemeine politische Situation im Kongo<br>Von Féliçien Essiko, Leopoldville |                                 |    |

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Moskau

sp - Moskau, die Hauptstadt der Sowjetunion, ist in diesen Tagen Zentrum weltpolitischer Aktivität. Hinter verschlossenen Türen streiten sich Chinesen und Sowjetrussen um den Führungsanspruch in der kommunistischen Welt - eines Drittels der Menschheit. Der Propagandakrieg hat ungewöhnliche Ausmaße angenommen, beide Mächte beschuldigen sich gegenseitig des Verrats an geheiligten kommunistischen Prinzipien und noch vermag niemand den Ausgang dieser Auseinandersetzung abzusehen. Doch eines scheint wohl festzustehen: China und die Sowjetunion werden in Fragen der Weltpolitik verschiedene Wege gehen, die einst die Welt erschreckende Einheit des kommunistischen Blocks ist nur noch fiktiv, sie findet in der Wirklichkeit von heute keine Entsprechung.

Die Führer der Sowjetunion müssen heute im Lichte neuer Entwicklungen ihre eigene Position überprüfen. Folgt daraus ein besseres Verhältnis zum Westen? Die amerikanisch-britische Delegation unter Führung des im Umgang mit Russen erfahrenen Harriman geht illusionarlos in die Verhandlungen. Sie dienen in erster Linie der Ausarbeitung eines Abkommens über die Einstellung nuklearer Testversuche über der Erde. Doch der Themenkreis braucht nicht allein darauf beschränkt zu bleiben. Schon die Wahl Harrimans zum Verhandlungsleiter gibt genügend Hinweise, daß auch andere, beide Seiten berührende Fragen auf der Tagesordnung stehen können, wenn die Sowjetunion eine Erörterung wünscht. Kennedys Ziel, die Sowjets in eine solche Position zu drängen, daß auch sie Interesse an der Erörterung einer dauerhaften Friedensregelung haben, gibt den am 15. Juli beginnenden Gesprächen in Moskau ihre eigentliche Bedeutung. Am Anfang eines Weges, der den Frieden sichern, der weltpolitischen Entspannung dienen soll, muß die Einstellung der nuklearen Testversuche stehen. Schon die ersten Verhandlungstage werden zeigen, wie weit die Männer des Kreml Kennedy entgegenkommen wollen. Daß Chruschtschow die Zustimmung zu diesen Verhandlungen überhaupt gab, läßt gewisse Hoffnungen zu. Eine Einigung in dieser Frage würde auch für andere Bereiche nicht ohne wohltuende Folgen bleiben.

Die Weltpolitik ist in Bewegung geraten, Russen und Amerikaner unternehmen einen erneuten Versuch, ihrer Weltverantwortung als Weltmächte gemeinsam gerecht zu werden. Sie stehen am Anfang eines Beginns, von dessen Erfolg oder Mißerfolg unendlich viel für die ganze Welt abhängt.

## Forschung in bedrängter Lage

### Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

D.B. - In der Diskussion um den Stand der deutschen Forschung hat Prof. Gerhard Hess, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, jetzt auf der Jahrestagung dieser zentralen Wissenschaftsorganisation vom 8. bis 10. Juli in München ein klärendes Wort gefunden. Eine Untersuchung auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und technischen Fächer ergibt, daß "die Forschung in der Bundesrepublik auf den klassischen Gebieten und bei der Verwendung klassischer Methoden im allgemeinen ihren international anerkannten, in der Leistung dem Ausland ebenbürtigen Stand hat wahren können". Schon dieses gilt also nicht ausnahmslos. Erst recht aber in Bereichen, wo die Forschung in Neuland vorstößt und sich neue Arbeitsrichtungen mit neuen Techniken entwickeln, konstatierte Prof. Hess einen empfindlichen Rückstand. Hier "ist die ausländische Wissenschaft so rasch vorangeschritten und hat uns teils hoffnungslos zurückgelassen".

Diese Diagnose ist wenig ermutigend, wirksame Hilfe scheinbar geboten. Es gibt eine Reihe historischer Gründe aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, aber auch aktuelle Anlässe für diese Situation. Zwei Wege bieten sich als Lösung der Probleme. Zum einen bedarf die innere Organisation der Hochschulen und Forschungsstätten einer Reform: "Lockerung der Fächer, flexible Organisation der Institute, mehr Gruppenarbeit". Die erstarrte Fächerung der Wissenschaftszweige, der Zwang der Prüfungsordnungen und manche Schmalspurigkeit der Forscherlaufbahnen müssen gemindert, wenn nicht beseitigt werden. Dann aber kam Prof. Hess unvermeidlich zur verfahrenen Finanzierungspolitik. Es fehlt nach wie vor an zureichender Förderung, langfristiger Planung und notwendiger Beweglichkeit der Finanzierung durch Bund und Länder. "Welche Diskrepanz zwischen offiziellen Erklärungen und der Tat!" und "Der Wissenschaft muß unter den Staatsaufgaben endlich eine Priorität eingeräumt werden." - Bitterer konnte die Kritik nicht sein.

### Grundlage jeden Fortschritts

98,7 Millionen DM standen der Deutschen Forschungsgemeinschaft im vorigen Jahr zur Verfügung. 65,8 Millionen DM bewilligte der Bund, 17 Millionen DM die Länder, der Stifterverband und die Thyssen-Stiftung schlossen 10,8 Millionen DM und 4,1 Millionen DM zu, rund eine Million ergaben sonstige Einnahmen. 3.293 einzelne Forschungsprojekte wurden damit im sogenannten Normalverfahren finanziert. Aber mancher wohlbegründete Antrag mußte aus Mangel an Mitteln abgelehnt werden. Im Schwerpunktprogramm, das 53 besonders wichtigen oder neuen Forschungsgebieten galt, förderte die Forschungsgemeinschaft 370 Projekte mit insgesamt 35,2 Millionen DM. Neben medizinischen Untersuchungen wurden auch die Weltraumforschung und die Unternehmensforschung einbezogen.

Die wissenschaftlichen Kommissionen zur Prüfung der Reinhaltung der Luft und für Lärmforschung, im geisteswissenschaftlichen Bereich u.a. für die Herausgabe der Werke Hegels und für vordringliche sozialpolitische Fragen, nahmen ihre Tätigkeit auf. 218 Stipendien für Habilitationen - unerlässlich zur Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses - konnten allein durch die Hilfe der Thyssen-Stiftung vergeben werden. Bei der Unterstützung des Bibliothekswesens galt die besondere Aufmerksamkeit der Beschaffung ausländischer Literatur und der Einrichtung zentraler Fachbibliotheken. Allein 6.055 Jahrgänge laufender ausländischer Zeitschriften wurden angeschafft, 99.519 Schriften ins Ausland versandt, 79.068 ausländische Schriften hier zugänglich gemacht.

Es ist unmöglich, das breite Arbeitsgebiet der Forschungsgemeinschaft auch nur im Überblick widerzugeben. Die Bedeutung der Forschungsförderung für den Fortschritt in jedem Bereich, ja als Grundlage unserer industrialisierten Gesellschaft überhaupt, wird jedoch offensichtlich.

#### Mahnungen nicht überhören

So muß die Feststellung von Prof. Hess Besorgnis erregen, daß der Haushaltsansatz der Forschungsgemeinschaft in diesem Jahr gefährdet ist, da weder Bund noch Länder die vorgesehenen Zuschüsse aufbringen. Die 10-prozentige Sperre der Bundesmittel verursacht weitere Unruhe. Hier geht es ja nicht um materielle Vorteile für eine begrenzte Gruppe der Gesellschaft, sondern wahrhaftig um das Gemeinwohl. Die Wissenschaft kann mit ihren Ergebnissen und Erkenntnissen ein Schrumpfen des Sozialproduktes verhindern, ihr Fortschritt bedeutet auch Wirtschaftsexpansion.

Forschungsförderung ist nicht eine milde Gabe in Zeiten des Überflusses, sondern meßbare Investition für die Zukunft. Prof. Hess sprach die Befürchtung aus, daß sich konventionelle Vorstellungen wieder durchsetzen und daß man diese Zusammenhänge übersieht, seit die öffentlichen Haushalte angespannt sind. Die Wissenschaft hat keine Lobby, doch wir sollten solche Mahnungen nicht überhören. Fast jede Woche liest oder hört man Erklärungen und Festreden von Bundesministern, die auf die Bedeutung der Wissenschaft für die Wirtschaftsentwicklung, die Verteidigung oder die Entwicklungshilfe hinweisen. Müßte man sie nicht beim Wort nehmen? Doch leider - wenn Anträge im Bundestag zur Erhöhung der Positionen für die Wissenschaftsförderung eingebracht werden, nicht zuletzt durch die SPD-Fraktion, so lehnt man sie rundweg ab.

## Pharisäer gegen Zöllner

### Strauß und der Bayerische Rundfunk

L.Sch. - Wie Franz Josef Strauß seine wiedererstarbte heimische Hausmacht einzusetzen gedenkt, mußte prompt der Bayerische Rundfunk erfahren. Ein am Wochenanfang auf weiß-blauer Welle ausgestrahlter Kommentar zum handschneligen CSU-Parteitag in München lockte den gestrauchelten Minister und seine Getreuen gleich wieder in den Clinch mit der Publizistik. Kritik im bayerischen Lager am rüden politischen Stil à la Strauß und Genossen geht ihnen über die Hutchnur und soll offensichtlich im Keim erstickt werden wenn man schon die "auswärtigen Schreiber" nicht in den Griff bekommen kann. Die selbstgerechten CSU-Pharisäer in der Landesleitung wollen wenigstens an den "landeseigenen" Münchner Rundfunkredakteur Zöllner ihr Mütchen kühlen und ein "abschreckendes Beispiel" statuieren.

Zöllners von allen objektiven Beobachtern geteilte Analyse des CSU-Parteitages, daß durch Jöhlen und Pfeifen des angeheizten Fußvolkes die freie Meinungsäußerung unterdrückt worden und die "Hehrheit der Qualifizierten" gegen Strauß gewesen sei, wird in einem Protesttelegramm an die Rundfunkanstalt als "grobe Verunglimpfung" des Parteivorsitzenden, der Delegierten und der gesamten CSU verdammt; nach dem vom Parteitag und sogar vom Bayerischen Ministerpräsidenten Goppel akzeptierten Motto: Nur das ist wahr und richtig, was Franz-Josef Strauß und seinem Comeback nützt!

Der Redakteur J.C. Zöllner hat diese am letzten Wochenende offiziell kreierte CSU-Parteilinie verletzt. An der Strafbarkeit eines solchen "Vergehens" kann in der christlich-sozialen Sicht von Demokratie und Meinungsfreiheit auch der § 4 des gültigen Bayerischen Rundfunkgesetzes in der Fassung vom 26. November 1959 nichts ändern, in dessen Artikel 5 zu lesen steht: "Die Angehörigen des Bayerischen Rundfunks dürfen bei der Programmgestaltung weder einseitig einer politischen Partei oder Gruppe noch Sonderinteressen, seien sie wirtschaftlicher oder persönlicher Art, dienen. Sie können jedoch in eigenen Kommentaren und in Sendungen, die kritisch Stellung nehmen, ihre persönliche Meinung äußern".

An der Fortführung der lautstark eröffneten CSU-Kampagne gegen den Journalisten Zöllner werden sich ihre Initiatoren auch durch den Artikel 8 des gleichen Paragraphen kaum hindern lassen, wo es heißt: "Der Rundfunk kann im Rahmen des publizistischen Anstandes sachliche Kritik an Personen sowie an Einrichtungen und Vorkommnissen des öffentlichen Lebens üben." Zumal der Begriff des Anstandes aus diesem Lager schon mehr als merkwürdige Auslegungen erfahren hat.

Nach drei Jahren Unabhängigkeit

Die allgemeine politische Situation im Kongo  
Von Félicien Kwaiko, Léopoldville

Am 30. Juni 1960 hat der Kongo seine Unabhängigkeit erlangt. Die erste Regierung der großen nationalen Union wurde von dem verstorbenen Premierminister Patrice Lumumba geführt. Unter einer Regierung der großen nationalen Union versteht man eine Regierung, in der alle politischen Fraktionen vertreten sind. Man muß wissen, daß im Kongo eine große Anzahl von politischen Parteien, sei es auf regionaler oder ethnischer Ebene, existierten. Nur die Partei "Mouvement National Congolais M.N.C." (Kongolesische Nationalbewegung) hatte einen nationalen Charakter. Diese Tatsache rechtfertigte auch die erdrückende Mehrheit bei den Wahlen.

Zwei Monate später erfolgte der Sturz der Regierung. Der Premierminister wurde beschuldigt, unter dem Einfluß der Kommunisten zu stehen. Diesem Regierungsumschwung folgten mehrere Ereignisse, die von Anfang an unser Land in eine Krise stürzten, die noch heute spürbar ist:

Politisierung der Armee, der Polizei und der Regierungsinstitutionen, Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Belgien, Abwanderung der Europäer, was ein Schwinden des Kapitals zur Folge hatte und eine große Arbeitslosigkeit nach sich zog, Entwertung des Geldes.

Die Krise, die unser Land augenblicklich durchmacht, berührt vier verschiedene Gebiete:

- a) Mangel an Führungskräften
- b) wirtschaftliche Krise
- c) finanzielle Krise
- d) soziale Krise

Es fehlt an Führungskräften

Im Kongo fehlt es tatsächlich an nationaldenkenden, verantwortungsvollen politischen Führungskräften, die das Wohl ihres Volkes über ihre eigenen persönlichen Interessen stellen. Es handelt sich hier nicht um ein Spiel der politischen Parteien - alle haben eine andere Ideologie und verschiedene Richtlinien - von denen die nationalen und regionalen Institutionen beeinflusst werden, sondern ganz einfach um den großen Einfluß der Stämme. Unsere Politiker werden akzeptiert oder verurteilt, nicht wegen ihrer Handlungsweise,

sondern wegen ihrer Stammensangehörigkeit. Jeder möchte als absoluter Herrscher regieren. Die Zersplitterung unseres nationalen Besitztums ist ein guter Beweis dafür.

Ursprünglich war der Kongo in sechs Provinzen aufgeteilt, und zwar in folgende: Leopoldville, Equator, westliche Provinz, Kivu, Katanga und Kasai. Um ihre persönlichen Ambitionen zu befriedigen, haben unsere Politiker das Grundgesetz, welches unserer provisorischen Verfassung zu Grundlag, ungeändert, und 20 Provinzen unter Berücksichtigung der einzelnen Stämme gegründet. Diese Provinzen unterstehen der Diktatur einiger Stammespolitiker, die an der Spitze einer von der Rasse her bedingten Partei stehen.

Eine wirtschaftliche Krise entstand nach den folgenden Ereignissen: Abfall der Provinz Katanga, Verlust an Kapital, das Fehlen von neuen Investitionen, Zusammenbruch der Verkehrsmittel und Transportmöglichkeiten, allgemeine Unordnung in vielen Gebieten. Alle diese Tatsachen haben unsere wirtschaftlichen Tätigkeiten gebremst, so daß unsere Zahlungsbilanz unausgeglichen ist. Der kongollesische Franken wird auf keinem Weltmarkt angenommen, und die wenigen Lebensmittel, die wir importieren, bekommen wir nur durch die Wohltätigkeit anderer.

#### Ständige Geldentwertung

Manche glauben, daß die Gefahr einer Absonderung Katangas beseitigt sei. Jedoch ist diese Gefahr nicht vollkommen beseitigt, solange Tschombe und seine Helfer das "reintegrierte" Katanga weiter regieren.

Die finanzielle Krise entstand durch allgemeine Unordnung, Unfähigkeit und Korruption, wodurch der Staatsfonds derart geschädigt wurde, daß die bestehenden Institutionen nicht mehr wissen, wie sie sich halten können und zu dem Mittel der ständigen Entwertung des Geldes greifen. Da jedoch unser Land nicht mehr das nötige Geld besitzt, um die vom Grundgesetz vorgesehenen Institutionen zu unterhalten, wird uns die Zersplitterung der immer zahlreicher werdenden Provinzen, der Versammlungen, Minister und Kabinettsmitglieder zu einem atemberaubenden Fiasko führen, wie wir es bisher in der Geschichte noch nicht erlebt haben. Es ist selbstverständlich, daß die Bauern und Arbeiter von dieser neuen Klasse der Aristokraten erdrückt werden und die entstehenden Kosten dieses teuflischen Unternehmens ertragen müssen.

Eine soziale Krise entstand für die breiten Volksmassen, denn die erlangte Unabhängigkeit machte sich für sie durch eine katastrophale Verminderung der Kaufkraft, durch eine erschreckende Erhöhung der Preise und durch eine große Arbeitslosigkeit, die Tausende unserer Landsleute ins Unglück stürzte, bemerkbar. Inzwischen hat sich eine neue Klasse gebildet, eine richtige kongollesische Bourgeoisie, die staatliche Gehälter bezieht, die selbst von den Kolonialisten nicht gefordert wurden. Durch diese neue Klasse kann ein schrecklicher Rassenkampf entfesselt werden, wie ihn Afrika noch nicht gekannt hat.

#### Schlußfolgerung

Um eine solche Katastrophe, von der die Existenz des Kongos bedroht wird, zu verhindern, muß unsere Regierung unverzüglich angemessene Lösungen finden, und andererseits muß die ganze Nation die von der Regierung getroffenen Maßnahmen unterstützen.